

# Die Tagung der Eisenbahner

Am 5. Verhandlungstage wurde die Diskussion zum Referat über das Arbeitsrecht fortgesetzt.

Kollege Schwalek, Oppeln, weist darauf hin, daß die SPD bisher für alle Anordnungen eingetreten ist, vor allem für das Schlichtungswesen. Freunig sagte richtig, daß das kommende Arbeitsrecht besonders für die Eisenbahner wichtig ist. Man muß deshalb auch die dementsprechenden Kampfmaßnahmen treffen, damit die Einführung solcher Gesetze verhindert wird. Dazu gehört aber, daß man die Mitgliedschaft und auch die übrigen Arbeiter mobilisiert. Alle Gewerkschaften haben sich zu einem endgültigen Schlichtungswesen ausgesprochen und es wäre falsch, wenn der Verbandstag keine Hoffnungen erneut auf die Initiativen setze, oder — wie das einige Redner zum Ausdruck gebracht haben — an das Parlament appellierte. Ebenso falsch ist es, wenn wir in der Frage des 45-Stunden- und 48-Stunden-Tages diesen Weg beschreiten würden. Der vom Hauptvorstand vorgelegten Entschliessung zum Arbeitsrecht wird die 48-Stundenwoche gefordert. Wir sind für die 45-Stundenwoche und der Verbandstag sollte sich auf diesen Boden stellen! Weiter wird in der Entschliessung gefordert, das Schlichtungswesen einer Reform zu unterziehen mit dem Ziele, die Befugnisse der Schlichtungsbehörden einzuschränken. Warum wird nicht die Befugnisse des Schlichtungswesens verlangt, wo doch die Eisenbahner so viele Erfahrungen mit dieser Einrichtung des kapitalistischen Staates gemacht haben. Wir lehnen diese vorgelegte Entschliessung ab und stellen uns auf den Standpunkt, daß der Weg frei gemacht werden muß für einen erfolgreichen Kampf der Eisenbahner. Kollege Schwalek empfiehlt dem Verbandstag eine Resolution gegen das Schlichtungswesen und für den Kampf um die 45-Stundenwoche.

Schmidt, Hamburg: In der Betriebsratfrage war nicht immer eine klare Linie des Vorstandes vorhanden. Das war insbesondere der Fall, als die Verordnung des Bürgerblat-Beschlusses Kähler herauskam. Die Anweisungen des Vorstandes besagten einmal „Ein in die Kartoffeln!“ und dann wieder „Raus aus den Kartoffeln!“ Solche Anweisungen des Vorstandes sind für uns ungenügend. Das muß in Zukunft anders werden.

Kauf, Pils: Infolge der Dienstdauer-Vorarbeiten wird bis zu 14 Stunden und darüber hinaus Dienst geleistet. Das we-

nigste, was man verlangen muß, ist daß die Vorschriften geändert werden müssen.

Freunig (Hauptvorstand) verteidigt in seinem Schlusswort die wirtschaftspolitische Politik des Hauptvorstandes. Bei der Abstimmung über die vom Vorstand vorgelegte Entschliessung zum Arbeitsrecht wird diese gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Auch die Eisenbahnerkollegen, die als Delegierte auf dem Verbandstag anwesend sind, und sich in sehr scharfer Weise gegen das Schlichtungswesen ausgesprochen haben — der Vorwärts schrieb, daß sie in noch scharferer Form kritisiert hätten, wie die kommunistischen Kollegen — stimmten mit für die Entschliessung des Hauptvorstandes (Sie werden sich vor ihren Mitgliedern verantworten müssen. Red.)

Infolge der Umstellung der Tagesordnung beginnt nunmehr die geschlossene Sitzung, in welcher über die Taktik bei Lohn- und Gehaltsbewegungen gesprochen wird.

## Oppositionserfolg im Verkehrsband

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zum Verbandstag der Verkehrsarbeiter erzielte die Opposition einen guten Erfolg. Sie vermochte ihre Stimmen im Verhältnis zur SPD ganz erheblich zu steigern. Die Abstimmung witzte folgendes Ergebnis: Beier, Angestellter (SPD) 634; Led, Oberführer (SPD) 611; Gruhl, Angestellter (SPD) 651; Jäger, Kraftfahrer (SPD) 654; Kauerhof, Telefonhandwerker (SPD) 569; Kohrbach, Lagerarbeiterin (SPD) 509; Schicht (Opposition) 517; Wilhelm (Opposition) 451; Bresschneider (Opposition) 451; Simon, Kellnerarbeiter (SPD) 378.

Von den sieben Delegierten vermochte die Opposition zwar nur ein Mandat zu erreichen, doch zeigt das Abstimmungsergebnis, daß sich das Kräfteverhältnis wesentlich zugunsten der Opposition verschoben hat.

## Der Bäderstreit in Berlin

Seite der bürgerlichen Presse

Am heutigen Montag hat in den Berliner Großbädereien der Streit eingesetzt. Die bürgerliche Presse heizt kreuzt in blöder Weise gegen die Streikenden und fordert das Arbeitsministerium auf, so schnell wie möglich einzuzureisen und den Streit durch einen Schiedspruch abzuwürgen.

## Spaltung der Sportorganisation

Mandatsraub in Leipzig — Kollkommandos gegen die Opposition

Leipzig, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Absicht der Bundesleitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, im engen Einvernehmen mit dem SPD-Parteivorstand die Spaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu betreiben und die Opposition in Massen aus dem Bund hinauszumerren, trat in der Sonntagssitzung noch deutlicher als in den vorhergehenden Sitzungen am Freitag und Sonnabend in Erscheinung. In der Sonntagssitzung beschäftigte man sich in einem offiziell dazu aufgestellten Tagesordnungspunkt mit der Mandatsraub und dem Hinauswurf der Opposition.

Gellerz beschäftigte sich in längeren Ausführungen mit den Kommunisten. Mit auf Einzelberichten aufgebautem Material und bewußt gezielten Mitteln begründete Gellerz den Ausschluß von 11 Kommunisten. Er sagte u. a. über die Auszuschließenden, Vobal sei Vorsitzender der Roten Sportinternationale (?). Gutmann müsse wegen Zellenbildung im Arbeiterturnbund ausgeschlossen werden. Kirch betreibe Zellenbildung im Sportverein Richte. Ritsche habe die SPD als eine für die Interessen der Arbeiterklasse schädliche Partei bezeichnet. Wie ist Angestellter der SPD und Zellenbildner. Lisa Lange müsse ausgeschlossen werden, weil sie als Stenotypistin in der SPD beschäftigt ist. Hamm sei Redakteur des Rufschreies. Er habe eine Rede Crispiens kritisiert und müsse ausgeschlossen werden, weil er schrieb, daß die Sanitätler während der Rede Crispiens in Tätigkeit treten mußten, weil einige Zuhörer in Ohnmacht gefallen.

Es handelt sich bei den Ausführungen Gellerz um künstliche Argumentationen, eigene Kombinationen, Dichtungen und Entstellungen, um das Diktat und den Auftrag des SPD-Parteivorstandes zu erfüllen, nämlich aus dem Bund Funktionäre auszuschließen, die die Sympathie und das Vertrauen von vielen Tausenden von Mitgliedern besitzen. Im Schlusswort trat Gellerz für Annahme nachstehender Resolution ein:

„Der 16. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig beschließt, den Genossen Vobal, Ritsche, Gutmann, Friedmann und Lisa Lange das Mandat abzusprechen.“

Angenommen mit 163 gegen 45 Stimmen. Desgleichen beantragte der Bundestag, beim Bundesvorstand nach dem Inkrafttreten des neuen Bundesstatuts das organisationschädigende Verhalten der Genossen Vobal, Ritsche, Wieß, Fried-

mann, Lisa Lange, Hamm-Essen, Nergens, Gutmann, Bergmann, Kirch und Dörsel zu prüfen und im Falle der Schuldigkeit über ihre weitere Mitgliedschaft zu beschließen. Angenommen mit 208 gegen 21 Stimmen.

Mit welchen Mitteln die Bundesleitung auf dem Bundestag eine Pogromstimmung gegen die oppositionellen Mandatanten entfachtete, zeigt folgender Vorgang. Als der Genosse Wieß durch Zwischenrufe die schwindelhaften Ausführungen Gellerz berichtigte, stellte man zwei Mann hinter Wieß und beauftragte sie, Wieß beim nächsten Zwischenruf hinauszuschmeißen. Ein Kollkommando, unter Führung des früheren Leipziger Stadtrates Wuttke, warf Wieß, als er einen neuen Berichtenden zuruf machte, tatsächlich hinaus.

## Der Raketenwagen explodiert

Am Sonnabend nachmittag fand die Versuchsfahrt des Opel-Raketenwagens auf der Bahnstrecke Burgwedel-Halle statt. Bei dem zweiten Start, der mit vierfacher Raketenladung erfolgte, entgleiste der Raketenwagen zehn Meter hinter dem Start und wurde auf die Böschung des Bahndammes hinausgeschleudert und explodierte unter furchtbarem Getöse.

Wieder die Versuchsfahrt meldet die heutige Morgenpresse, daß der erste Start als geglückt bezeichnet werden kann. Unter einer gewaltigen Entladung von Rauch und Feuer tauchte der Raketenwagen mit einer dem Auge kaum wahrnehmbaren Geschwindigkeit die schräg abwärts verlaufende Eisenbahnstrecke entlang. Die vorgenommenen Messungen der elektrischen Kontrollleuchten ergaben eine Höchstgeschwindigkeit von 254 Stundenkilometer. Als nach 200 Metern die Bremsen einsetzten, lösten sich zwei Raketen, die in die Luft gingen. Nach der Erreichung der Höchstgeschwindigkeit von 254 Kilometer leuchten automatisch Bremsen- und Bremsraketen ein, worauf die Geschwindigkeit auf 200, 160 und 150 Kilometer pro Stunde fiel.

Nachdem das Raketenfahrzeug zum Sportplatz zurückgeschleppt worden war, wurden die Vorbereitungen zu einem Referat getroffen. Am festzustellen, ob ein Lebewesen die ungeheuerlichen Geschwindigkeiten auszuhalten vermag, wurde ein Kater in einem Käfig in den Wagen gebracht. Mit vierfacher Raketenladung sollte der Weltgeschwindigkeitsrekord gebrochen werden. Die Bremsvorrichtungen wurden abmontiert. Nach der Entzündung erfolgte eine furchtbare Detonation. Der Wagen sprang unter unlagbarem Getöse hoch, darauf folgte der Donner einer zweiten Detonation und mit furchtbarem Licht wurde der Raketenwagen 10 Meter hinter dem Start auf die Böschung geschmettert. In Feuer und Qualm verbrannte der Versuchswagen. Die nach Tausenden zählende Menschenmenge hob in spanischem Schrecken auseinander.

Menschen sind nicht verletzt worden. Der Raketenwagen war ein einziger Trümmerhaufen.

Frik von Opel will einen neuen Wagen bauen, bei dem die Erfahrungen des letzten Startes vermerkt werden sollen. Die Versuche sollen dann erneut aufgenommen werden.

## Mobile gerettet

II, London, 24. Juni.

Nach Meldungen aus Stockholm hat das schwedische Verteidigungsministerium eine drahtlose Nachricht von dem Führer der schwedischen Hilfsexpedition für Mobile erhalten, wonach General Mobile gerettet ist und die Rettungsarbeit fortgesetzt wird.

Zu der Rettung des Generals Mobile berichtet der Montag ergänzend aus Kingsbay, daß Mobile erneut um Hilfe gerufen und berichtet habe, daß das Eis, auf dem sich das Lager befindet, anfangs nach Norden zu treiben. Gleichzeitig beginnt es in schraubende und mahlende Bewegung zu kommen. Mobile und seine Leute kämpfen einen Verzweiflungskampf gegen das Eis, das in heftiger Bewegung war. Schollen von Hunderten von Zentnern Gewicht wurden wie Spielbälle hin- und hergeschoben. Mobile wurde von einer Scholle das Bein gebrochen und deshalb er als erster geholt und an Bord des Schiffes Queen gebracht. Die Ladung des schwedischen Flugzeuges Uppland auf dem in Bewegung befindlichen Eis war ein Meisterstück der Abgerüstung und mit der größten Gefahr verbunden, da der Startplatz sich ständig zu verändern drohte. Nach dem Start der Uppland zu Mobiles Lager ist das schwedische Hilfsschiff Duck weiter nach Osten vorgezogen und in der Hinlopen-Straße vor Anker gegangen, wo Mobile in ärztliche Behandlung genommen wurde. Sein Zustand ist kritisch.

## Mobile an Bord der Quett

II, Oslo, 24. Juni.

Wie aus Spitzbergen gemeldet wird, befindet sich Mobile schwer verletzt an Bord des schwedischen Expeditionsschiffes „Quett“. Seine Begleiter sollen am Montag von den schwedischen Fliegern abgeholt werden.

schient! Wenn tatsächlich überlassen die Verhandlungen nicht zueinander und noch an den Diskussionen über diesen Punkt. Aber sagen wir, es wäre durchgefallen worden, nehmen wir an, die kommende Koalition wird hier ein „Jugorandum“ an die Sozialdemokratie bringen, was bedeutet es für die Arbeiterklasse, welche Schluß läßt es in auf den Wert der Koalitionspolitik?

Nun, diese Erhöhung des Existenzminimums hätte nach den vorläufigsten Schätzungen etwa allerhöchstens 100 Millionen, wahrscheinlich nur 100 Millionen den Arbeitern an Steuererparnissen gebracht. Das ist ungenügend ein Teil der Verdrängungen, die Herr Schumann nach der Wahl den Arbeitern machte als er sagte, eine Koalition würde leicht mindestens 1000 Millionen herausholen können, und das sei wahrlich schon etwas, in einer Zeit, in der man eben noch nicht von Sozialismus ernsthaft reden könne, in der man sich eben mit durchaus nicht gleichgültigen Verbesserungen begnügen müsse. Braucht man erst noch zu sagen, wie selbstverständlich, wie unausweichlich auch dieses Siebzehnte sofort von der Kapitalistenklasse wieder auf die Arbeiter und die wertigen Schichten abgewälzt worden wäre? Die Bedingung war ja: wenn Existenzminimumerhöhung, dann auch Steuererleichterungen für die Bourgeoisie. Und in allen den anderen 16 Punkten war nichts zu hören von einem Erfolg für die Arbeiterklasse, hätte es einen solchen Erfolg auf Kosten der Bourgeoisie in ihnen gegeben. Die Sozialdemokratie hätte ihn nicht geheim gehalten.

Keine Rede etwa von der Besteuerung der großen Vermögen, keine Rede von einer Kürzung der Milliardengewinne des letzten Jahres, dieses besonderen Profitjahres, aber vielleicht 150 Millionen weniger Steuern!

Viele Arbeiter wählten nicht kommunistisch, weil sie sich sagen, die Kommunisten lehnen es ab, uns etwas vom Parlament zu versprechen. Viele unter ihnen vielleicht sogar, die sich schon klar sind, daß wir in einer Periode zwischen zwei Revolutionen leben. Die Sozialdemokraten versprachen auch jetzt, den Versuch, sie versprachen nicht nur den Versuch, sie versprachen den ausschließlichen Versuch, etwas mit demokratischen Mitteln herauszuholen. Dienen Arbeitern muß man jetzt eine Frage vorlegen: Welche Taktik, welcher Weg ist richtiger, schon nach den bisherigen Koalitionserfahrungen, wenn es sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter handelt? Wenn nur eine Million Arbeiter in Deutschland mit einem Durchschnittslohn von nur 1000 Mark im eigentlichen außerparlamentarischen Kampf nur 10 Prozent Lohnerhöhung erkämpfen, dann ist das in einem Jahre der gleiche Erfolg, wie wenn durch Koalitionsschäfer ein solches Zugeständnis, wie die Erhöhung des Existenzminimums, erreicht würde. Wenn die eine Million Arbeiter aber — es wäre nur ein Bruchteil der Millionen in Deutschland, für die der Kampf um 10 Prozent Lohnerhöhung zur Lebensfrage geworden ist — eine solche Lohnerhöhung erkämpfen, dann bedeutet das, daß die anderen Hunderttausenden Millionen die Kraft stärken, daß sie zur Sammlung, zur Kräftigung der Antidemokratie beitragen; wenn aber die Arbeiter von der parlamentarischen Position, die ihnen den Bittel von 100 Millionen abwirft, um sie vom Kampf abzuhalten, auf den sozialdemokratischen Weg sich locken lassen, dann gibt es vielleicht nicht einmal die 100 Millionen, dann gibt es ganz zweifellos eine den Befreiungskampf der Klasse aus schlimmste hindernde „Nebenwirkung“: Verhärtung des Konflikts im Arbeiterlager, Verhärtung der Positionen der parlamentarischen Kräfte, Unterminierung der verzögerlichen Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsführung von heute, Verhärtung der proletarischen Energien, die sich schon jetzt immer stärker gegen die Schlichtungsquelllinie erheben — mit einem Wort: unabsehbare Folgen nicht für die Verbesserung der Lage der Arbeiter sondern für die Verhärtung der bürgerlichen Ausbeuterherrschaft.

Das sagt schon dieser eine Punkt über die revolutionäre Taktik und über die Koalitionspolitik, die die Taktik des Klassenverrats ist. Alle anderen Punkte sagen das Gleiche. Die Sozialdemokratie verspricht die Stärkung der „proletarischen“ „Machtpositionen“ in ganz Deutschland nach dem Muster des glorreichen Preußen. Die Koalitionsverhandlungen bewiesen, daß die „sozialdemokratische Festigkeit“ gerade so weit ging, daß spätestens im Herbst umgekehrt auch in Preußen die Volkspartei in die Spitzen des Staatsapparates einzusetzen sollte. Die Sozialdemokratie verspricht Reformen der Reichswehr, passivistische Politik. Die Koalitionsverhandlungen ergaben, daß man sich nur noch strittig war, wann selbst der „schon von der alten Mehrheit bewilligte“ Panzerkreuzer in Bau genommen werden sollte. Dafür aber wären die vorkriegsständigen Stahlhelmer Arm in Arm mit den Reichswehrkameraden aus der Sozialdemokratie in der „links“-Regierung geflossen. Mit ihnen zusammen wollte und will die Sozialdemokratie den kommenden Krieg bekämpfen. Mit ihnen zusammen wollte und will und wird sie dafür sorgen, daß ein verbrecherischer Versuch unternommen wird, gemeinsam mit Chamberlain, Bismarck und Poincaré die „bürgerliche Demokratie“ auch in die Sowjetunion zu verpflanzen. Die Sozialdemokratie verspricht kulturelle Verbesserungen. Während der Koalitionsverhandlungen stellte die Zentrumsprelle fest, daß die Differenzen zwischen Zentrum und Volkspartei in dieser Frage größer sind als die Differenzen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Fürwahr, es gibt keinen besseren Hort für die Verpöflung Deutschlands als die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie verspricht Verbesserungen gegen die Klassenjustiz. Schon die Koalitionsverhandlungen zeigten, daß am Justizapparat des Herrn Niedner einschließend des berühmten Herrn Joel festgehalten wird. Vielleicht Abschaffung der Todesstrafe vor dem Klassenrecht. Aber dafür um so bereitwilliger Todesstrafe durch die Koalitionsschäfer auf der Straße gegen Arbeiterdemonstranten oder Bauerdemonstranten, die es wagen, für ihre Lebensforderungen aufzumarschieren.

Und so weiter. In jedem Punkt das Gleiche. Und dafür Verhärtung der Spaltung im Arbeiterlager, dafür Bindung der besten Kräfte unserer Klasse im Bruderkampf. Dafür Festlegung der gewaltigen Massenorganisationen des deutschen Proletariats, der Gewerkschaften, als Preisrichter des imperialistischen Wiederaufbaues, der Fortsetzung der Nationalisierung der Festigung der selbstmörderischen Arbeitsgemeinschaft.

Kein, dieser Weg kann nicht der Weg der deutschen Arbeiterklasse sein, dieser Weg ist der Weg des freiwilligen Selbstmordes des stärksten Proletariats der Welt.

Es gibt nur Koalitionsverrat, Auslieferung an eine Koalitionsregierung und alle ihre furchtbaren Folgen für die Arbeiterklasse auf der einen Seite, oder gemeinsam mit den Kommunisten positive Klassenpolitik, Sammlung der erwachenden proletarischen Kräfte im außerparlamentarischen Kampf, Aufmarsch um die Forderungen der Arbeiter und der wertigen Schichten auf der anderen Seite. Und dieser andere Weg, unter Weg, es ist auch der Weg zum vollständigen Sturz der jetzigen Klassenherrschaft, der Ausbeutung und der Korruption, zur Errichtung einer Regierung der proletarischen Klasse nur er sammelt die vorhandenen und schafft die neuen Kräfte die notwendig sein werden um die proletarische Diktatur zu erkämpfen eine Arbeiter- und Bauernregierung einzusetzen, die die imperialistische Ära beendet und den sozialistischen Aufbau beginnt.

## Schweres Explosionsunfall in Brügge

II, Brügge, 23. Juni.

In der vergangenen Nacht explodierte in einer hiesigen Hüttenhandlung eine schwere Granate. Bisher sind sieben Tote und 40 Verwundete geborgen worden. Mehrere Häuser wurden zerstört.

## Jugoslawische Lage in Tientsin

II, London, 23. Juni. Nach Meldungen aus Tientsin hat die Lage im hiesigen Kohlengebiet eine gefährliche Wendung genommen. Der Befehlshaber der chinesischen Nordtruppen bei Tientsin hat an den britischen Kohlenkonzern ein Ultimatum gerichtet und die Zahlung von 100.000 mexikanischen Dollars verlangt. Am Nichtzahlungsfalle drohte er damit, die Kohlenkohlengruben in die Luft zu sprengen.



Duldet es nicht länger!  
Gebt den Frauen und

Kindern den Ernährer zurück.  
Erzwingt mit der Roten Hilfe die  
**VOLLAMNESTIE**

aller proletarischen, politischen Gefangenen